„Vergabe-Gesetz darf nicht zu Lasten des Mittelstands gehen“

03.12.19 | Berlin

„Vergabe-Gesetz darf nicht zu Lasten des Mittelstands gehen“

UVB: Ausschreibungen müssen für kleine und mittlere Firmen attraktiver werden

Die Wirtschaft in der Hauptstadtregion sieht das neue Vergabegesetz des Berliner Senats kritisch. "Mit einem Vergabe-Mindestlohn auf 12,50 Euro setzt sich Berlin an die Spitze aller Bundesländer", gibt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), zu bedenken. "Damit übertrifft die Hauptstadt zudem den bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn deutlich.

Der Senat greift im Ergebnis in bestehende Tarifverträge ein und schwächt die Tarifautonomie. Im Garten- und Landschaftsbau, in der Gebäudereinigung, im Baugewerbe, im Maler- und Lackiererhandwerk und in vielen anderen Branchen würde sich damit die Arbeit von An- und Ungelernten deutlich verteuern."

"Politik muss Wirkung des Gesetzes genau überprüfen"

Die Wirtschaft verweist vor allem auf die Praktikabilität des Gesetzes im Alltag. "Zweifelhaft ist zudem, ob es für kleine und mittlere Unternehmen nun attraktiver wird, sich an öffentlichen

Ausschreibungen zu beteiligen", sagte Amsinck. "Sollte das nicht gelingen, würde das neue Vergabe-Gesetz das erklärte Ziel des Senats verfehlen. Wir erwarten, dass die Politik die Wirkungen des Gesetzes genau überprüft."

Es gehe immerhin um ein öffentliches Auftragsvolumen von rund fünf Milliarden Euro. "Eine zeitnahe Evaluation muss deshalb vor allem klären, ob ein Mindestlohn von 12,50 Euro zu einer geringeren Beteiligung von kleineren und mittleren Unternehmen an Ausschreibungen führt und die Arbeitsplätze von an- und ungelernten Kräften gefährdet.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zum Thema öffentliche Aufträge

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:
+49 30 31005-160

E-Mail:
Weickert [at] uvb-online.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF